

2  
3 **Beschluss des Landesausschusses der Jungen Union Bayern**4  
5 **Leitantrag der Europapolitischen Fachkonferenz der JU Bayern 2009**6  
7  
8 **Europa für die Menschen machen.**9 **Mut zu denken, Kraft zu handeln!**

10  
11  
12 Der Prozess der Europäischen Integration nach dem Zweiten Weltkrieg ist eine Erfolgsgeschichte.  
13 Die Europäischen Gemeinschaften haben sich zu einem supranationalen Staatenverbund  
14 entwickelt, der der Garant für Frieden und für Wohlstand auf unserem Kontinent ist. Seit dem Ende  
15 des Kalten Kriegs hat sich jedoch nicht nur Europa, sondern die ganze Welt gewandelt. Nach dem  
16 kalten Krieg zwischen Ost und West brach mit dem Fall des Eisernen Vorhangs ein neues  
17 Zeitalter an. An die Stelle der starren Strukturen des Kalten Kriegs ist eine neue  
18 Unübersichtlichkeit der Weltordnung getreten. Ihr charakteristisches Ordnungsprinzip ist nicht  
19 länger die prekäre Koexistenz zweier antagonistischer Machtblöcke, sondern die enge Vernetzung  
20 einer Vielzahl staatlicher wie nichtstaatlicher Akteure. Ein neues Zeitalter des weltweiten Friedens,  
21 der Freiheit und der Demokratie schien zum Greifen nah. Doch mit den Anschlägen des 11.  
22 September wich diese Hoffnung dem Schrecken vor dem internationalen Terrorismus.  
23 Grenzüberschreitende Probleme wie die Finanzkrise, der Klimawandel, zwischen- und  
24 innerstaatliche Konflikte sowie eine ökonomisch wie ökologisch bedingte Migration können nur  
25 durch die enge Kooperation innerhalb der internationalen Gemeinschaft gelöst werden. Globale  
26 Probleme erfordern einen globalen Ordnungsrahmen.

27  
28 Der Beitrag Europas ist dabei wichtiger denn je. Auch wir in Bayern sind davon betroffen. Wir  
29 müssen uns diesen Herausforderungen stellen. Bayern liegt im Herzen Europas. Europas  
30 Schicksal ist immer auch das unsrige. Deshalb liegt ein stabiles und zukunftsfähiges Europa im  
31 vitalen Interesse Bayerns und seiner Bevölkerung. Europa ist bei der Lösung drängender  
32 internationaler Probleme gefragt. Es liegt an uns, Europa dabei auf den richtigen Weg zu bringen  
33 und es fit für die Zukunft zu machen! Wer heute den Mut hat, die Zukunft aktiv in die Hand zu  
34 nehmen, der legt den Grundstein für das Europa von morgen. Gerade in einer unsicheren Welt ist  
35 Europa als Garant von Sicherheit und Stabilität gefragt. Dafür jetzt die Weichen zu stellen, lohnt  
36 sich!

37

38

39 **Demokratiedefizit abbauen. Menschen in den Mittelpunkt stellen!**

40

41 Zwischen 4. und 7. Juni 2009 sind fast eine halbe Milliarde Unionsbürgerinnen und -bürger dazu  
42 aufgerufen, ein neues Europäisches Parlament zu wählen. In den letzten 30 Jahren hat sich das  
43 Europäische Parlament kontinuierlich zu einem echten Mitgesetzgeber auf europäischer Ebene  
44 entwickelt. Auch der Vertrag von Lissabon bringt hier Fortschritte. Dennoch sinkt die  
45 Wahlbeteiligung bei Europawahlen kontinuierlich. 2004 gingen durchschnittlich nur 45,6 Prozent  
46 der EU-Bürger zur Wahl. Die Debatte um das Demokratiedefizit der Europäischen Union nimmt  
47 gerade an diesem Punkt immer wieder Anstoß. Die geringe Wahlbeteiligung hängt vor allem damit  
48 zusammen, dass die Bürger mit ihrem Votum nicht wie auf nationaler Ebene die  
49 Zusammensetzung einer Regierung beeinflussen können. Der Präsident der Europäischen  
50 Kommission wurde bisher vom Europäischen Rat und nicht vom Europäischen Parlament benannt.  
51 Die Wahl des Kommissionspräsidenten soll in Zukunft durch das Europäische Parlament erfolgen.

52

53 Demokratiedefizite müssen weiter abgebaut werden. Bei zusätzlichen Kompetenzübertragungen  
54 und Erweiterungen befürworten wir europaweit Volksentscheide in den Mitgliedstaaten. Sie sollen  
55 jeweils auf Ebene der Mitgliedstaaten, jedoch möglichst zeitgleich abgehalten werden. Wir wollen  
56 das Europäische Bürgerbegehren zur direkten Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Die  
57 entscheidende Möglichkeit, der Bürgerinnen und Bürger, auf die Gestaltung Europas Einfluss zu  
58 nehmen, sind jedoch die Europawahlen. Hier wird über die Zusammensetzung der Europäischen  
59 Legislative und damit über die langfristige politische Ausrichtung Europas entschieden. Es gilt  
60 deshalb die Chance für eine starke bürgerliche Vertretung am 7. Juni 2009 zu nutzen!

61

62

63 **Europäisches Parlament stärken. Abgeordnete direkt wählen!**

64

65 Das Europäische Parlament muss als Stimme der Bürger weiter gestärkt werden. Ein Wettbewerb  
66 um „Köpfe“ findet im Wahlkampf zur Europawahl bislang kaum statt. Wir fordern daher ein  
67 einheitliches Europäisches Wahlsystem mit direkten Stimmkreisen und einem personalisierten  
68 Verhältniswahlrecht nach deutschem Vorbild. Damit wird eine unmittelbare Verbindung zwischen  
69 den Menschen und Ihren Vertretern im Europäischen Parlament geschaffen. Bei der Europawahl  
70 2009 kann nur derjenige, der CSU wählt sicher sein, dass seine Stimme an einen Vertreter aus  
71 Bayern geht! Die CSU ist in allen Regierungsbezirken vertreten, die CSU-Abgeordneten sehen  
72 sich als Dienstleister und geben Europa vor Ort ein Gesicht.

73

74 Außerdem soll das Parlament nur noch an einem Ort tagen. Wir sprechen uns deshalb dafür aus,  
75 dass das Parlament selbst über seinen Sitz entscheiden kann und sich für einen Tagungsort

76 entscheidet. Diese Entscheidung trifft derzeit nicht das Parlament, sondern muss vom  
77 Europäischen Rat einstimmig, getroffen werden. Will die EU bei den Bürgern Akzeptanz und  
78 Interesse erreichen, muss sie weiter den Weg zu mehr Transparenz, Verantwortlichkeit und  
79 Demokratie gehen.

80

81

### 82 **Subsidiarität achten. Kompetenzen klar ordnen!**

83

84 Ein beschränkter Kompetenzkatalog, der die einzelnen Handlungsfelder der europäischen Ebene  
85 ausdrücklich festschreibt, führt zu einer klaren Aufteilung von Verantwortung zwischen Europa und  
86 den Mitgliedstaaten. Er wird dem Charakter Europas als Staatenverbund am Besten gerecht. Wir  
87 wollen keinen Europäischen Superstaat, sondern ein Europa das in den Bereichen handlungsfähig  
88 ist, in denen eine europäische Regelung sinnvoll ist. Transparenz und Nachvollziehbarkeit müssen  
89 die europäische Gesetzgebung bestimmen. Wir treten ein für ein „Europa der Regionen“, das sich  
90 konsequent am Prinzip der Subsidiarität orientiert.

91

92

### 93 **Weg in die Exekutivdemokratie stoppen. Bindungswirkung von Bundestagsbeschlüssen** 94 **sicherstellen!**

95

96 Wir begrüßen ausdrücklich den Fortschritt, den der Lissaboner Vertrag mit der Subsidiaritätsklage  
97 für nationale Parlamente bringt. Die Informations- und Beteiligungsrechte des Bundestages gilt es  
98 auf nationaler Ebene weiter auszubauen. Im Europäischen Rat entscheiden Vertreter der  
99 nationalen Exekutive über Richtlinien und Verordnungen. Dies führt nicht zuletzt aufgrund der nicht  
100 vorhandenen Bindungswirkung von Beschlüssen nationaler Parlamente unweigerlich zu einer  
101 Exekutivdemokratie. Die Bundesregierung ist bei Abstimmung im Rat zur Zeit nicht an Beschlüsse  
102 des Bundestages gebunden. Die Informations- und Beteiligungsrechte der nationalen Parlamente  
103 gilt es auszubauen. Als direkt gewählten Volksvertretern darf ihr nationaler Gesetzgebungs- und  
104 Gestaltungsauftrag nicht durch die Europäische Exekutive ausgehöhlt werden.

105

106

### 107 **Partizipation erfordert Verständnis. Die deutsche Sprache in der EU fördern!**

108

109 Partizipation erfordert Verständnis – neben der Förderung der Verständnisse der politischen  
110 Abläufe in der EU, muss jeder Unionsbürger jedoch auch die Möglichkeit haben, sich in einer für  
111 ihn verständlichen Sprache über die politischen Prozesse zu informieren. Wir können nicht nur  
112 Partizipation verlangen, sondern wir müssen auch die Voraussetzungen dafür schaffen. Deutsch  
113 ist die meistgesprochene Sprache Europas. Daher fordern wir eine Überarbeitung der

114 Übersetzungsstrategien der EU zugunsten der Stärkung der deutschen Sprache. Deutsch muss  
115 als gleichberechtigte Arbeitssprache neben Englisch und Französisch in der Praxis durchzusetzen  
116 werden.

117

118

### 119 **Bürokratie abbauen. Auf das Wesentliche konzentrieren!**

120

121 Trotz und gerade wegen der Stagnation beim Lissaboner Vertrag kann sich die Europäische Union  
122 eine rückwärtsgewandte Nabelschau nicht leisten. Die Welt und ihre Probleme warten nicht auf  
123 Europa. Unsere Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass Europa sie in den  
124 Mittelpunkt stellt und die Probleme anpackt, die es zu lösen gilt. Statt eines Klein-Klein an  
125 überflüssigen Regelungen und internen Verteilungskämpfen ist ein neuer europäischer  
126 Pioniergeist gefragt, der sich auf die wesentlichen Herausforderungen, die grenzüberschreitenden  
127 Probleme, konzentriert und einen Blick für die gemeinsamen europäischen Interessen und ihre  
128 Durchsetzung hat. Europa hat keinen Selbstzweck. Es dient den Bürgerinnen und Bürgern. Ihr  
129 Wohl muss Maßstab jeder europäischen Regelung sein. Nicht jedes Problem in Europa ist ein  
130 Problem für Europa.

131

132 Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen dürfen nicht mit unnötigen Statistik- und  
133 Berichtspflichten überfrachtet werden und durch gut gemeinte, aber schlecht gemachte  
134 Vorschriften überreguliert werden. Eine Verschärfung der Anti-Diskriminierungsrichtlinie lehnen wir  
135 deshalb ab. Eine Kultur der Toleranz und Gleichberechtigung kann man nicht von oben verordnen.

136

137 Auch bestehende Richtlinien und Verordnungen müssen systematisch auf ihre Bürokratiekosten  
138 hin untersucht, auf den Prüfstand gestellt und auf das notwendige Maß zurückgestutzt werden.  
139 Nur so können Vertrauen und Akzeptanz wiederhergestellt werden.

140

141

### 142 **Finanzkrise bewältigen. Ursachen bei den Wurzeln packen!**

143

144 Die Bewältigung der Finanzkrise und ihrer Auswirkungen für die Realwirtschaft ist auch für Europa  
145 derzeit die dringendste Aufgabe. Mit einer europaweiten Banken- und Finanzaufsicht, einheitlichen  
146 Standards bei der Einlagensicherheit von Sparguthaben, einer besseren Regulierung von  
147 Hedgefonds, des Derivatenshandels und bei den Rating-Agenturen schaffen wir Transparenz und  
148 Handlungssicherheit. Europa muss Vorreiter für eine internationale Finanzarchitektur sein. Gerade  
149 jetzt in der Krise wird deutlich, dass sich das deutsche Drei-Säulen-Modell mit den Sparkassen als  
150 verlässlicher Partner von Anlegern und Mittelstand bewährt hat. Unsere Sparkassen sind fester

151 Bestandteil der Daseinsvorsorge. Sie gilt es zu erhalten und ihre Stellung im Europäischen  
152 Bankenrecht abzusichern.

153

154

155 **Konjunktur beleben. Stabilitätspakt nicht über Bord werfen!**

156

157 Das Platzen der amerikanischen Immobilienblase und die massenhafte Überschuldung von  
158 amerikanischen Kreditkarten haben weltweit zu einer Kreditkrise geführt, die inzwischen auch in  
159 der Realwirtschaft zu massivem Nachfragerückgang geführt hat, von dem alle Europäischen  
160 Mitgliedstaaten betroffen sind. Besonders wirkungsvoll ist ein europaweit konzertiertes Handeln.  
161 Die Europäischen Mitgliedstaaten sollten ihre Konjunkturmaßnahmen aufeinander abstimmen. Die  
162 Europäische Kommission kann die EU-Mitgliedstaaten bei ihrem Vorgehen beraten. Verbindliche  
163 Richtungsvorgaben oder eigene Handlungskompetenzen darf sich die Kommission dabei jedoch  
164 nicht anmaßen.

165

166 Die Wirtschaftskrise wirkt sich in jedem Land unterschiedlich aus. Jeder Europäische Mitgliedstaat  
167 muss darauf die Antworten finden, die zu seiner eigenen Wirtschaftsstruktur passt. Die Staats- und  
168 Regierungschefs haben auf ihrem Gipfel im Dezember letzten Jahres Handlungsfähigkeit bewiesen  
169 und eine Art „Werkzeugkasten“ entwickelt, nachdem die Regierungen den Banken nach  
170 einheitlichen Kriterien Finanzhilfen sowohl zur Stärkung des Eigenkapitals als auch zur Sicherung  
171 von Bankgeschäften zur Verfügung stellen können. Auf diese Weise wird die unterschiedliche  
172 Situation der Mitgliedstaaten und ihre unterschiedliche Haushaltspolitik berücksichtigt. Europa soll  
173 in der Finanzpolitik nicht alles regeln, es kann aber Spielregeln entwickeln, die für alle gelten. Ein  
174 koordiniertes Vorgehen im europäischen Wirtschaftsraum ist effizienter. Das europäische  
175 Konjunkturprogramm darf dabei allerdings nicht als „Freifahrtschein“ für eine unverantwortliche  
176 Neuverschuldung missbraucht zu werden. Ein neuer Subventionswettbewerb verschleudert Steuergeld  
177 ohne nachhaltige positive Wirkung. Auch in Zeiten eines Konjunkturrückgangs bleiben die  
178 Schulden von heute die Steuern von morgen. Eine Überschreitung der Neuverschuldungsgrenze  
179 kann deshalb nur vorübergehend in Kauf genommen werden. Der Stabilitätspakt darf in seiner  
180 Substanz nicht angetastet werden.

181

182 Auch die Europäische Union muss mit ihrem Haushalt solide und sparsam wirtschaften. Die  
183 finanzielle Situation der Europäischen Union muss über das Jahr 2013 für die Mitgliedstaaten  
184 berechenbar sein. Eine Ausweitung der Belastung Deutschlands als Nettozahler lehnen wir ab. Wir  
185 wollen eine angemessene und gerechte Finanzierung, die keine Sondervergünstigungen vorsieht.  
186 Wir fordern deshalb die Abschaffung des Briten-Rabatts. Eine EU-Steuer lehnen wir ab.

187

188

189 **Welthandel gestalten. Europas Interessen vertreten!**

190

191 Ein freier und fairer Welthandel ist für den Europäischen Wirtschaftsraum mindestens genauso  
192 wichtig wie die Belebung der Binnenkonjunktur. Gerade Deutschland als langjähriger  
193 Exportweltmeister ist auf die globalen Absatzmärkte angewiesen. Jeder sechste Arbeitsplatz in  
194 Deutschland ist vom Export abhängig. Die Reform der WTO muss für Europa deshalb ganz oben  
195 auf der Tagesordnung stehen. Gemeinsam mit den USA und den Schwellenländern gilt es, die  
196 Doha-Runde wiederzubeleben und dem Entstehen neuer Handelsbarrieren vorzubeugen. Europa  
197 soll Vorreiter für eine globale Wirtschaftsordnung sein, in der soziale und ökologische  
198 Mindeststandards für einen fairen Wettbewerb und nachhaltigen Wohlstand sorgen. In Zeiten, in  
199 denen Weltmächte wie die USA und so große Staaten wie China und Indien in den Weltmarkt  
200 drängen, muss auch die EU mit einer Stimme sprechen, um diesen Mitstreitern die Stirn bieten zu  
201 können.

202

203 Der Schutz von geistigem Eigentum muss weltweit gewährleistet werden. Gerade gegenüber  
204 Ländern wie China muss Europa sein wirtschaftliches und politisches Gewicht gezielt in die  
205 Waagschale werfen, damit diese effektiv gegen Raubkopien und Produktpiraterie vorgehen. Damit  
206 werden nicht nur europäische Direktinvestitionen geschützt, sondern auch neue Märkte für  
207 europäische Produkte gesichert. Gerade wenn die Umsätze in den Industriestaaten erlahmen,  
208 können dadurch in Deutschland und Europa Arbeitsplätze erhalten und gesichert werden.

209

210

211 **Binnenmarkt verwirklichen. Soziale Marktwirtschaft sichern!**

212

213 Das Erfolgsmodell der sozialen Marktwirtschaft, wie wir es auf der Grundlage unserer  
214 gemeinsamen europäischen Werte von Freiheit, Marktwirtschaft und sozialer Verantwortung  
215 entwickelt haben, ist Grundlage des Europäischen Binnenmarktes, der durch Mindeststandards  
216 beim Umwelt-, Arbeits- und Verbraucherschutz den rechtlichen Rahmen des  
217 grenzüberschreitenden Handels vorgibt und damit das gegenseitige Vertrauen der Mitgliedstaaten  
218 stärkt. Für uns ist der Mensch nicht unmündiger Transferempfänger, sondern mündiger Bürger, der  
219 sein Leben selbständig in die Hand nehmen will. Dies gilt es ihm durch eine Vernetzung der  
220 europäischen Bildungseinrichtungen und –wege mit entsprechenden Stipendien und Fördermitteln  
221 zu ermöglichen. Wir wollen eine soziale Grundsicherung in jedem europäischen Mitgliedstaat.  
222 Einheitliche europäische Sozialleistungen lehnen wir jedoch genau wie eine europäische  
223 Einheitssteuer als ideologische Augenwischerrei ab. Wer glaubt, die Lebensumstände von Dublin  
224 bis Bratislava, von Athen bis Stockholm über einen Kamm scheren zu können, der hat das Wesen  
225 und die Vielfalt Europas nicht verstanden oder betreibt Gleichmacherei auf Kosten deutschen  
226 Steuerzahler.

227

228

229 **Verbraucher schützen. Produktsicherheit durchsetzen!**

230

231 Wir alle profitieren vom gemeinsamen europäischen Binnenmarkt. Zu einem gemeinsamen  
232 Binnenmarkt gehört ein gemeinsamer Verbraucherschutz. Hier übernimmt Europa Verantwortung.  
233 Das hat zudem den Vorteil, dass unsere hohen deutschen und bayerischen Standards europäisiert  
234 werden. Die anderen EU-Mitgliedstaaten müssen durch diesen europäischen Ansatz ihr  
235 Verbraucherschutz auf unser Niveau anheben – was unsere Unternehmen noch  
236 wettbewerbsfähiger macht. In diesem Zusammenhang gilt es, die Grundlage für weltweit hohe  
237 Standards bei Produktsicherheit und Verbraucherschutz zu setzen. Das nutzt nicht nur den  
238 Erzeugern europäischer Qualitätsprodukte, sondern schafft auch Sicherheit für europäische  
239 Konsumenten. Gerade bei sensiblen Produkten wie Spielzeug, Babynahrung und andere  
240 Lebensmitteln muss sicher sein, was auf den Europäischen Markt kommt. Hier wird Europa seiner  
241 Verantwortung gerecht. Durch das Schnellwarnsystem „RAPEX“, bei dem alle europäischen  
242 Zollbehörden zusammenarbeiten, konnten bereits zahllose gefährliche Produkte entdeckt und vom  
243 Markt genommen werden. Mit der Überarbeitung der Spielzeugrichtlinie setzt sich die EU  
244 insbesondere für den Schutz unserer Kinder ein. So soll es in Zukunft nach dem Votum des  
245 Europäischen Parlaments ein umfassendes Verbot von potenziell krebserregenden,  
246 erbgutverändernden oder fortpflanzungsschädigenden Stoffen in Spielzeug geben.

247

248

249 **Klima schützen. Weichen für Energieeffizienz stellen!**

250

251 Mit dem Klimawandel und der sich abzeichnenden Rohstoffknappheit stehen Europa und die Welt  
252 vor Herausforderungen, deren Auswirkungen wesentlich weiter reichen als die aktuelle  
253 Finanzkrise. Dabei sind Ökonomie und Ökologie keine Gegensätze, sondern können mit  
254 innovativen Technologien und den richtigen Anreizen in Einklang gebracht werden. Mit  
255 Investitionen in Altbausanierung und klimafreundliche Technologien werden nicht nur unsere  
256 natürlichen Ressourcen geschont, sondern auch Arbeitsplätze gesichert und neu geschaffen. Nicht  
257 zuletzt Bundeskanzlerin Dr. Merkel ist es zu verdanken, dass sich die Europäische Union bei der  
258 CO<sub>2</sub>-Reduktion mit der Vorgabe „3 mal 20% bis 2020“ (Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen um 20 %, Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energien auf 20 %, Steigerung der Energieeffizienz um 20 %)  
259 ehrgeizige Ziele gesetzt hat, mit denen Europa sich an die Spitze der weltweiten  
260 Klimaschutzbewegung gesetzt hat. Jetzt gilt es, auch die anderen Industrienationen und  
261 aufstrebenden Schwellenländer verstärkt einzubinden und innerhalb Europas für eine faire  
262 Lastenverteilung sowohl zwischen den Mitgliedstaaten als auch zwischen den Wirtschaftsbranchen  
263 zu sorgen. So müssen beispielsweise im Automobilbereich Premiummodelle ebenso wie  
264

265 Kleinwagen ihren Beitrag zur CO2-Verringerung im Straßenverkehr leisten. So kann sich die  
266 europäische Automobilindustrie an die Spitze der Entwicklung umweltfreundlicher und  
267 energieeffizienter Fahrzeuge stellen.

268

269 Darüber hinaus sorgt eine Erhöhung der Energieeffizienz für mehr Unabhängigkeit gegenüber  
270 Importen bei der Energieversorgung. Eine weitere Stärkung erneuerbarer Energien erzeugt damit  
271 auch mehr Stabilität in der Frage einer stabilen Energieversorgung.

272

273

#### 274 **Bildungswege durchlässig machen. Bologna-Prozess konstruktiv gestalten!**

275

276 Ein globalisiertes Europa wie es heutzutage existiert, ist die Chance unserer Generation. Das gilt  
277 für Schüler, Auszubildende und Studenten gleichermaßen. Um einen gemeinsamen und möglichst  
278 homogenen Hochschulraum zu schaffen, ist es notwendig, den Bologna-Prozess stetig zu  
279 verbessern und anzupassen. Dabei muss das System flexibilisiert werden. Die Mobilität ist zu  
280 fördern – Studienortswechsel sollen erleichtert werden. Raum für persönliches Engagement und  
281 Ehrenamt soll gewährleistet werden. Der akademische Status des Bachelors muss gesteigert  
282 werden. Ein einheitlicher Abschluss des Bachelors muss garantiert werden – beispielsweise durch  
283 das Diploma Supplement. Neue Kapazitäten müssen geschaffen und die Betreuungsrelation  
284 verbessert werden. Master-Studiengänge müssen ausgebaut werden. Staatsexamina müssen  
285 erhalten bleiben, bis das Aufgabenfeld eines Bachelor -Juristen oder -Lehrers geklärt ist.

286

287 Hochschule ist Ländersache. So soll es auch bleiben. Die EU darf nur dort tätig werden, wo  
288 europäische Gelder einen Mehrwert für Studenten, Lehrende und Forschende bilden. Die  
289 bayerische Hochschulpolitik ist in Deutschland Vorreiter für moderne Forschungs- und  
290 Studienbedingungen. Wir wollen, dass Bayern als Hochschulregion in den nächsten beiden  
291 Jahrzehnten zum Mittelpunkt europäischer Forschung und zur ersten Adresse für Studenten aus  
292 allen Teilen Europas wird. Dazu müssen nicht nur die Studien- und Lehrbedingungen konsequent  
293 ausgebaut, sondern auch die bayerischen Hochschulen Unterstützung erhalten beim europaweiten  
294 Werben um Spitzenpersonal in Lehre und Forschung.

295

296 Der Blick der Studenten im „Europa jenseits der EU“ muss geschärft werden. Europa muss seine  
297 Attraktivität gerade unter jungen Akademikern dazu nutzen, Eliten angrenzender Länder langfristig  
298 an uns zu binden. Dabei darf jedoch die Gefahr, dass im umgekehrten Fall unsere besten Köpfe  
299 abwandern, nicht unterschätzt werden.

300

301

#### 302 **Werte bewahren. Leben schützen!**

303

304 Das christliche Bild vom Menschen ist das europäische Bild vom Menschen. Dieses Bild vom  
305 Menschen erschöpft sich nicht im Willen zur Gerechtigkeit, zur Nächstenliebe und zur Freiheit. Es  
306 erkennt diese scheinbar abstrakten Werte für jedes Menschenleben an. Der Mensch entwickelt  
307 sich als Mensch, nicht zum Menschen. Gerechtigkeit und Nächstenliebe müssen einem Embryo  
308 genauso gelten wie einem Behinderten, einem erfolgreichen jungen oder einem gebrechlichen  
309 alten Menschen. Für uns kann es deshalb keine Kompromisse geben, wenn es um die  
310 Anerkennung von Würde oder von Menschenrechten geht. Das gilt für ein Verbot der aktiven  
311 Sterbehilfe genauso wie beim Embryonenschutz in der europäischen Forschungspolitik. Die Frage  
312 nach dem Beginn des Menschseins kann nicht Entscheidungsgegenstand der politischen  
313 Mehrheitslage in Europa sein. Leben beginnt mit der Verschmelzung von Ei- und Samenzelle.  
314 Doch konsequenter Schutz des Lebens endet nicht nach der Geburt, sondern achtet auf seine  
315 Entfaltung im natürlichen Lebensraum. Nirgendwo ist das Kind in Europa statistisch so unsicher  
316 wie im Mutterleib - und nirgendwo so sicher wie in einer intakten Familie.

317

318 Es ist daher umso wichtiger, dass wir in den europäischen Gesellschaften die Wertschätzung für  
319 das Leben hochhalten. Kinder bedeuten Zukunft. Unsere Zukunft bedeutet uns so viel wie unsere  
320 Kinder uns das Verschenken unserer Gegenwart wert sind. Das mag abstrakt klingen: Im  
321 unbedingten Schutz des menschlichen Lebens wird es ganz konkret. Europa braucht nicht nur eine  
322 Wissens-, Informations- oder Leistungsgesellschaft. Es braucht eine menschliche Gesellschaft,  
323 geprägt von Solidarität und Bereitschaft für das Abenteuer Leben, das Abenteuer Familie, das  
324 Abenteuer der Zukunft. Das ist europäischer Geist.

325

326

### 327 **Familie fördern. Zukunft ermöglichen!**

328

329 In fast allen Regionen Europas sinkt die Geburtenrate seit Mitte der 1960er Jahre, die  
330 Kinderlosigkeit steigt mit zunehmendem Bildungsgrad der jungen Generation. Tatsache ist aber  
331 auch, dass sich die Menschen in der Europäischen Union mehr Kinder wünschen, als derzeit zur  
332 Welt kommen. Von der Zukunft der Familie und der weiteren Bevölkerungsentwicklung hängen  
333 auch die wirtschaftlichen Perspektiven für Europa ab. Europa muss deshalb aus eigenem  
334 Interesse heraus familienfreundlicher werden. Die Familie als Institution geht dem Staat voraus.  
335 Freiheit und Gerechtigkeit müssen die Grundprinzipien jeder zukunftsgerichteten Familienpolitik  
336 sein. Unseren Familien müssen echte Wahlfreiheit sowie wirkliche Leistungs- und  
337 Chancengerechtigkeit zu teil werden. Leistungsgerechtigkeit gegenüber Familien muss  
338 vorrangiges Ziel jedes politischen Handelns sein. Dieser Ansatz muss von europapolitischer Seite  
339 aus gefördert werden.

340

341 Im Sinne der Chancengerechtigkeit für alle Kinder in einer solidarischen Bürgergesellschaft muss  
342 gewährleistet sein, dass jedes Kind entsprechend seinen Fähigkeiten gefördert wird und somit die  
343 Chance erhält, einen qualifizierten Beitrag für unsere Gesellschaft zu leisten. Europa braucht jedes  
344 seiner Kinder. Bildungsförderung ist Zukunftssicherung.

345

346 Familie muss Privatsache bleiben. Die Entscheidung über das persönliche Familienmodell und die  
347 Ausrichtung der Erziehung sind vor staatlichen oder institutionellen Eingriffen zu schützen –  
348 allerdings nur unter der Prämisse, dass das Wohl des Kindes in jedem Fall gewährleistet ist. Wer  
349 sich aufgrund persönlicher Lebensumstände oder Überzeugungen für die außerhäusliche  
350 Betreuung seiner Kinder entscheidet, soll dies ohne Verurteilung durch Andere tun dürfen und  
351 können. Die Staaten in Europa haben Sorge zu tragen für die dafür notwendige ausreichende und  
352 qualitativ hochwertige Infrastruktur. Wer sich bewusst für die Erziehung der Kinder im eigenen  
353 Hause entscheidet, soll dies ebenso frei von Benachteiligung und Diskriminierung tun dürfen und  
354 können. Es gilt, die Freiheit für die Familien in Europa zu sichern und junge Menschen zur  
355 Gründung einer eigenen Familie zu ermutigen. Das ist nicht nur eine Verpflichtung für die Politik,  
356 sondern insbesondere auch für die hochentwickelte europäische Wirtschaft, die viel zu einer  
357 kinder- und familienfreundlichen Gesellschaft beitragen kann.

358

359

### 360 **Perspektiven schaffen. Ländlichen Raum und Landwirtschaft stärken!**

361

362 Der ländliche Raum ist mit Millionen von Arbeitsplätzen ein bedeutender Wirtschaftsstandort. Der  
363 ländliche Raum erbringt über die Hälfte der bayerischen Wirtschaftsleistung. Er bietet Heimat,  
364 sozialen Zusammenhalt und hohe Lebensqualität. In der Vielfalt seiner regionalen und kulturellen  
365 Strukturen gibt er bayerisches Lebensgefühl wieder. Er darf bei der Infrastruktur und  
366 Wirtschaftsansiedelung nicht von der Entwicklung abgekoppelt werden. Das Potential unserer  
367 Regionen soll sich überall entfalten können. Wir wollen die Möglichkeit von Breitbandinternet für  
368 jeden Haushalt in ganz Bayern. In Brüssel wie auf allen politischen Ebenen müssen  
369 Anstrengungen unternommen werden, um marktgerechte Lösungen für eine flächendeckende,  
370 verlässliche und bezahlbare Versorgung mit leistungsfähigen Internetanschlüssen wie DSL oder  
371 W-Lan zu sorgen.

372

373 Daneben setzen wir uns für eine gleichwertige Entwicklung der ländlichen Räume in ganz Bayern  
374 ein. Gerade den strukturschwächeren Landkreisen gilt dabei ein besonderes Augenmerk unserer  
375 Politik. So leiden Teile Nordbayerns bereits heute unter Abwanderung und sind vom  
376 demographischen Wandel voll betroffen. Aus diesem Grund setzen wir uns für gesamteuropäische  
377 Lösungen für benachteiligte Regionen ein. Hierbei gilt es die europäische Förderkulisse im  
378 Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben auch über 2013 aufrechtzuerhalten. Nur so kann auch in den

379 strukturschwächeren bayerischen Grenzregionen eine nachhaltige ökonomische Prosperität  
380 gewährleistet werden.

381

382 Die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft leistet neben dem Erhalt der sehr attraktiven  
383 Kulturlandschaft und der flächendeckenden Landbewirtschaftung einen erheblichen Beitrag zu  
384 Wertschöpfung und Investitionen. Allein jeder siebte Arbeitsplatz in Bayern hängt mit der Land-,  
385 Forst und Ernährungswirtschaft zusammen – absolut über 600.000 Arbeitsplätze. Darüber hinaus  
386 sind aufgrund der attraktiven Kulturlandschaften auch in ländlichen Gebieten zum Teil erhebliche  
387 Potenziale im touristischen Bereich anzutreffen. Über 24 Milliarden Euro beträgt der jährlich  
388 Bruttoumsatz mit dem Tourismus in Bayern. Das Einkommen von über 560.000 Einwohnern in  
389 Bayern ist vollständig vom Tourismus abhängig. Die Kulturlandschaft ist aber auch ein wichtiges  
390 Stück bayerischer Lebensqualität und ein nicht zu unterschätzender Pluspunkt für den Wohn-,  
391 Erholungs-, Freizeit- und Arbeitsstandort Bayern. Der ländliche Raum bietet wertvolle Funktionen  
392 für das Wohlbefinden der Menschen. Die Politik in Europa muss deshalb weiterhin eine  
393 gemeinsame Agrarpolitik und Politik für den ländlichen Raum umfassen. Wir wenden uns gegen  
394 ein zu enges Gängelband für unsere Bayerischen Bauern. Wir treten deshalb für eine verlässliche  
395 europäische Agrarpolitik ein. Ständige Reformen helfen uns nicht weiter, die EU muss  
396 Perspektiven entwickeln für die Agrarpolitik nach 2013 und dem Ende der Milchquote 2015. Der  
397 Milchfonds ist dabei ein gutes Signal.

398

399 Notwendig ist eine marktgerechte Ausgestaltung der europäischen Agrarpolitik, bei der die  
400 unterschiedlichen Betriebsstrukturen gleiche Chancen haben. Langfristig wollen wir in ganz Europa  
401 im Agrarbereich eine Abkoppelung von Produktion und Förderung und setzen auf direkte  
402 Zuwendungen für Leistungen wie Landschaftspflege oder im Naturschutz.

403

404 In Europa müssen einheitliche Rahmenbedingungen für alle Betriebe herrschen, zusätzliche  
405 Auflagen für die bayerischen Bauern bei ungehindertem Marktzugang für andere darf es nicht  
406 geben. Nur in einem fairen Wettbewerb können unsere bestens ausgebildeten Bauern mit ihren  
407 Familienbetrieben bestehen. Die Entscheidung, welche öffentlichen Aufgaben die Landwirtschaft  
408 erfüllen soll und wie sie dafür vom Staat unterstützt werden sollen, sollte der demokratischen  
409 Diskussion auf nationaler Ebene zugänglich sein.

410

411

## 412 **Verbrechen bekämpfen. Für Sicherheit sorgen!**

413

414 Das internationale Verbrechen hat viele Gesichter Auch Europa und seine Bürger bleiben vor  
415 organisierter Kriminalität, Drogen- und Menschenhandel, Kinderpornographie und internationalem  
416 Terrorismus nicht verschont. Offene Grenzen verlangen deswegen immer eine verstärkte

417 Zusammenarbeit von Grenzsicherungs-, Zoll- Polizei- und Strafverfolgungsbehörden. Eine bessere  
418 Vernetzung über EUROPOL, Frontex und EUROJUST und der europaweite Zugriff nationaler  
419 Vollzugsbehörden auf Datenbanken zu Fingerabdrücken und Verbrecherkarteien schaffen die  
420 Grundlagen für eine bessere Kriminalitätsbekämpfung. Der europäische Haftbefehl dient einer  
421 schnellen und effektiven Rechtsdurchsetzung. Die Absicherung von rechtsstaatlichen Standards  
422 und Verfahren ist dabei notwendig. Insbesondere beim Datenschutz gilt es die Verhältnismäßigkeit  
423 nicht aus den Augen zu verlieren. Eine überbordende Speicherung von Fluggastdaten lehnen wir  
424 deshalb ab.

425

426 In einem Europa der offenen Binnengrenzen kommt dem Schutz der europäischen Außengrenzen  
427 und dem Umgang mit illegaler Zuwanderung eine besondere Bedeutung zu. Wir stehen dabei für  
428 strenge Grenzkontrollen und eine zügige Rückführung illegal Einreisender. Menschenschmugglern  
429 und Schieberbanden darf nicht dadurch in die Hände gespielt werden, dass  
430 Rückführungsverfahren sich hinziehen und durch Untertauchen in verschiedenen europäischen  
431 Mitgliedstaaten systematisch verzögert werden. Auch hier gilt es humanitäre Standards zu wahren.  
432 Anreize zur Sicherung einer wirtschaftlichen Existenz können die Rückkehrbereitschaft der  
433 Betroffenen fördern. Eine effektive Entwicklungshilfe in den Heimatländern hilft deshalb auch dem  
434 Anschwellen von Flüchtlingsströmen entgegenzuwirken.

435

436

437 **Ehrlichkeit wahren. Keine grenzenlose Erweiterung versprechen!**

438

439 Seit den Erweiterungen im Jahr 2004 und im Jahr 2007 um insgesamt 12 neue Mitgliedsländer ist  
440 die Erweiterungspolitik in eine Sackgasse geraten. Unter der Ungewissheit, die nach dem  
441 negativen Ausgang des irischen Referendums zum Lissaboner Vertrag entstanden ist, hat  
442 besonders Kroatien zu leiden. Obwohl es historisch, kulturell und wirtschaftlich zum Herzen  
443 Europas gehört und die Beitrittskriterien erfüllt, muss es bislang vor der Tür bleiben. Ein zügiger  
444 Beitritt Kroatiens belastet die Europäische Union nicht, sondern kann dazu beitragen, den  
445 institutionellen Knoten zu lösen, der nach dem irischen Referendum entstanden ist. Auch der  
446 südliche Balkan hat eine langfristige Beitrittsperspektive nur dann, wenn er die Kriterien erfüllt und  
447 Europa eine erneute Erweiterung verkraften kann. Für andere Regionen oder Länder sehen wir  
448 jedoch keine Beitrittsperspektive. Insgesamt schwankt die Europäische Union in ihrer  
449 Erweiterungspolitik zwischen voreiligen Zusagen für die Türkei, unüberlegten Absagen gegenüber  
450 Kroatien und unklarem Verhalten etwa gegenüber der Ukraine. Besonders bei einem möglichen  
451 Beitritt der Türkei hat sich die Europäische Union in eine Pfadabhängigkeit begeben, die es zu  
452 lösen gilt. Die Türkei ist für Deutschland und Europa ein wichtiger Partner. Ihr Beitritt zur EU würde  
453 die Gemeinschaft jedoch weit überfordern. Zu unterschiedlich sind die gesellschaftliche  
454 Entwicklung der Türkei und ihre Wirtschaftskraft. Statt einer EU-Mitgliedschaft sprechen wir uns für

455 eine privilegiert Partnerschaft der Europäischen Union mit der Türkei aus. Innerhalb einer engen  
456 Vereinbarung soll die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit – unter Ausschluss von  
457 sensiblen Bereichen – weiter ausgebaut werden. Auch im Rahmen der Mittelmeer-Union kommt  
458 der Türkei als Partner der EU eine herausgehobene Rolle zu. Mit diesem Angebot treten wir für  
459 eine ehrliche Politik gegenüber der Türkei ein. Um die enge Partnerschaft nicht zu gefährden ist es  
460 wichtig, keine Versprechungen zu machen, die nicht eingehalten werden können.

461

462

### 463 **Nachbarschaft pflegen. Regionen miteinander verbinden!**

464

465 Im Umgang mit Europas direkten wie weiteren Nachbarn fehlt es immer noch an einer  
466 glaubwürdigen Nachbarschaftspolitik, die den teilnehmenden Staaten eine ehrliche Perspektive  
467 bietet, ohne die Illusion von Beitrittsoptionen zu vermitteln. Nachbarschaftspolitik darf nicht als  
468 Heranführungs- und Erweiterungsstrategie missverstanden werden. Statt jeden Staat isoliert zu  
469 betrachten, sollte Europa sich verstärkt um eine Vernetzung mit und innerhalb der betroffenen  
470 Regionen bemühen. Eine schlüssige Nachbarschaftspolitik ist gerade für den kaukasischen und  
471 zentralasiatischen Raum von großer Bedeutung. Russland ist dabei, nicht zuletzt auch im Hinblick  
472 auf eine Europäische Energiepolitik, ein strategischer Partner, den es einzubeziehen gilt. Die  
473 Europäische Union darf sich gegenüber Russland jedoch nicht scheuen, die eigenen  
474 Wertvorstellungen zu artikulieren und dem Ausgreifen russischer Machtambitionen gegebenenfalls  
475 kritisch entgegenzutreten. Die Europäischen Mitgliedstaaten dürfen sich nicht von Russland  
476 gegeneinander ausspielen lassen.

477

478

### 479 **Schwerpunkte setzen. Transatlantisches Bündnis pflegen!**

480

481 Auch im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik muss die Europäische Union der Verantwortung  
482 gerecht werden, die ihr auf der weltpolitischen Bühne zukommt. Intern gilt es, ein funktionsfähiges  
483 sicherheitspolitisches System zu schaffen und es in die multilaterale Strukturen von UN und Nato  
484 zu integrieren. Wichtigster Bündnis- und Ansprechpartner für die Europäische Union sind und  
485 bleiben die Vereinigten Staaten von Amerika. Der EU-US Wirtschaftsrat bietet ein Forum, um den  
486 transatlantischen Handel zu stärken, Handelshemmnisse weiter abzubauen und sich frühzeitig auf  
487 ein gemeinsames Vorgehen gegenüber anderen Wirtschaftsblöcken zu einigen. Im Klimaschutz  
488 können die USA bei ihren Anstrengungen von den europäischen Erfahrungen, unserer  
489 Technologie und unserem Know-How profitieren. Das transatlantische Bündnis wird jedoch nicht  
490 nur von gemeinsamen Interessen und Herausforderungen, sondern auch durch gemeinsame  
491 Werte zusammengehalten. Gerade dieses Fundament erfordert es, mit den USA als Partnern in  
492 allen wichtigen Fragen offen und auf Augenhöhe zu sprechen.

493

494

495 **Verantwortung wahrnehmen. Sicherheitspolitik definieren!**

496

497 Sicherheitspolitisches oder gar militärisches Engagement der Europäischen Union oder der  
498 Europäischen Mitgliedstaaten muss sich vor allem an den vorhandenen Kapazitäten ausrichten,  
499 klar definierte Ziele verfolgen und in internationale Mandate eingebettet sein. Nicht überall, wo  
500 europäischer Einsatz theoretisch wünschenswert wäre, kann die Europäische Union auch  
501 praktisch einen Beitrag leisten. Es gilt deshalb Prioritäten und Schwerpunkte zu setzen. Die  
502 Stationierung deutscher Soldaten in Afghanistan darf kein Dauerzustand sein. Im internationalen  
503 Verbund gilt es in Afghanistan die Voraussetzungen für einen sukzessiven Truppenabzug  
504 zuschaffen.

505

506 Schon wegen der Schlüsselstellung, die der Nahe Osten für die Sicherheit in Europa und weltweit  
507 hat, liegt es im eigenen Interesse Europas, hier eine aktive Rolle zu spielen und ein  
508 stabilisierendes Netzwerk zu knüpfen. Die Sicherheit und das Existenzrecht Israel sind für uns  
509 nicht verhandelbar. Sie sind Grundlage für eine Bewältigung des Nahost-Konflikts. Dauerhaft bietet  
510 nur eine Zwei-Staaten-Lösung die Perspektive auf Frieden und Stabilität. Es gilt deshalb die  
511 demokratischen und moderaten Kräfte im Lager der Palästinenser zu stärken. Was zu einer  
512 weiteren Solidarisierung der palästinensischen Bevölkerung mit der Hamas führt, ist diesem Ziel  
513 nicht dienlich. Selbstverteidigung und Terrorbekämpfung sind legitim, sie dürfen jedoch nicht auf  
514 Kosten unzähliger Unschuldiger gehen. Für eine Stabilisierung der gesamten Region sind Israel,  
515 die Türkei und Ägypten wichtige Akteure, die es dabei zu bestärken gilt, die betroffenen  
516 Anrainerstaaten an einen Tisch zu bringen.

517

518 Die EU soll sich an einer diplomatischen Lösung von Konflikten beteiligen. Allerdings halten wir die  
519 Wirksamkeit öffentlichkeitswirksamer Troika-Reisen mit unklarer Zuständigkeitsverteilung für  
520 begrenzt, noch dazu wenn sie von nationalen Alleingängen begleitet werden. Sinnvoller ist es, für  
521 eine Konfliktregion einen erfahrenen europäischen Sonderbeauftragten zu benennen, der  
522 längerfristig mit den Konfliktparteien eine Lösung ausarbeiten und eine produktive  
523 Pendeldiplomatie betreiben kann.

524

525

526 **Außenpolitik vernetzen. Partnerschaftlich agieren!**

527

528 Da die Welt immer multipolarer wird, ist es für Europa essentiell, seine Kontakte auch zu weiter  
529 entfernten Regionen auszubauen, gerade auch zu den aufstrebenden Staaten Süd- und Ostasiens

530 sowie Lateinamerikas. Sie sind wichtige Partner bei der Bekämpfung des internationalen  
531 Terrorismus, der Finanzkrise und dem globalen Klimaschutz.

532

533 Die unablässigen Flüchtlingsströme aus Afrika führen an den europäischen Küsten zu immer  
534 neuen humanitären Tragödien und weisen der Europäischen Union eine besondere Verantwortung  
535 für die wirtschaftliche und politische Entwicklung des afrikanischen Kontinents zu. Gemeinsam  
536 können die europäischen Mitgliedstaaten die Wirkung ihre Entwicklungshilfe erhöhen und zur  
537 Lösung regionaler Konflikte effektiv beitragen. Europa muss die afrikanischen Staaten auf ihrem  
538 Weg zu Demokratie und Menschenrechte und „good governance“ begleiten und fördern.

539

540 Die 2008 in Nachfolge zum Barcelona-Prozess gegründete Union für das Mittelmeer kann ein  
541 wichtiges Instrument sein, um die unmittelbaren Anrainerstaaten zu vernetzen und die Region  
542 insgesamt zu entwickeln. Auch die regionale Zusammenarbeit wie z.B. in der Afrikanischen Union  
543 gilt es zu unterstützen, damit die afrikanischen Staaten in die Lage versetzt werden, sich selbst um  
544 die Probleme ihrer Region zu kümmern. Entwicklungshilfe und Entwicklungszusammenarbeit  
545 sollen deshalb auf Augenhöhe und zum gegenseitigen Nutzen verhandelt werden. Wo eine  
546 Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen wegen Korruption, Misswirtschaft oder einem  
547 diktatorischem Regime nicht möglich ist, sollte auf Entwicklungshilfe durch unabhängige und  
548 anerkannte Einrichtungen und Organisationen zurückgegriffen werden, so dass die notleidende  
549 Bevölkerung wenigsten mit dem Nötigsten versorgt wird. Im Vordergrund sollte die Hilfe zur  
550 Selbsthilfe stehen. Wichtig ist es, die heimische Landwirtschaft und die ländlichen Räume dort  
551 wieder mehr über die Entwicklungshilfe zu unterstützen, da dies zuletzt auf 4 Prozent  
552 zurückgegangen war gegenüber rund 20 Prozent zuvor. Langfristig dürfen auch diese Staaten  
553 nicht völlig anderen Geldgebern überlassen werden, die sich ohne Skrupel deren Rohstoffquellen  
554 aneignen.

555

556

## 557 **Abschluss**

558

559 Europa hat aus seiner kriegerischen Geschichte gelernt und kann mittlerweile stolz auf über 60  
560 Jahre Frieden zurückblicken. Damit hat sich Europa zu einem verlässlichen Partner in der  
561 Weltpolitik entwickelt und ist ein Garant für Sicherheit, Stabilität und Werte. Und diese Stabilität  
562 und diese Werte tragen wir seit langem in die Welt hinaus.

563

564 Die Probleme der Globalisierung können nur gemeinsam gelöst werden. Europa bringt viele  
565 Chancen, die wir nutzen müssen. Die Europäische Union muss sich dabei auf die Lösung der  
566 Probleme beschränken, die auf europäischer oder globaler Ebene bestehen. Wir brauchen ein  
567 Europa, das schützt und nützt, aber nur da, wo Europa einen realen Mehrwert bringt. Die Rolle

568 und die Kompetenzen der Mitgliedstaaten, der Regionen und Kommunen müssen stets gewahrt  
569 bleiben. So ist Europa in Vielfalt geeint und wird seiner Verantwortung bei der Lösung  
570 transnationaler Probleme gerecht.

571

572 **Projektleitung:** Carolin Opel

573

574 **Kandidatenteam:**

575 Anja Weisgerber, Martin Kastler, Thomas Dopfer, Benjamin Zeitler, Edmund Ratka, Jonas  
576 Geissler, Frank Gübner, Christian Lichthardt, Daniel Schreyer, Carolin Opel.

577

578 **Mitarbeit aus dem AK Europa:**

579 Maximilian Benner, Jan-Patrick Fischer, Frederic Marchall, Michael Münch, Tobias Pohl, Thomas  
580 Schmidt.

581